

<p>In opposing the requests for injunctions, the defendants assert an array of arguments, which the Court addresses briefly here and in detail below. [...].</p> <p>The plaintiffs are [...] likely to succeed on the merits of their claims. In a lengthy 1898 decision, the Supreme Court examined the Citizenship Clause, adopting the interpretation the plaintiffs advance and rejecting the interpretation expressed in the EO.</p> <p>The rule and reasoning from that decision were</p> <ul style="list-style-type: none"> • reiterated and applied in later decisions, • adopted by Congress as a matter of federal statutory law in 1940, <p style="padding-left: 40px;">and</p> <ul style="list-style-type: none"> • followed consistently by the Executive Branch for the past 100 years, at least. <p>A single district judge would be bound to apply that settled interpretation, even if a party were to present persuasive arguments that the long-established understanding is erroneous.</p>	<p>Gegen die Anträge auf vorläufige Außer-vollzugsetzung [der <i>Executive Order</i>] machen die <i>defendants</i> [Beklagten/AntragsgegnerInnen; hier: Trump als Präsident sowie diverse Regierungsstellen und -Funktionäre] eine Reihe von Argumenten geltend, auf die das Gericht hier kurz und im Folgenden ausführlich eingeht. [...].</p> <p>Die <i>plaintiffs</i> haben [...] haben gute Erfolgsaussichten in der Hauptsache. In einer ausführlichen Entscheidung aus dem Jahr 1898 analysierte der <i>Supreme Court</i> die Staatsbürgerschafts-Klausel, wobei er [bereits] die von den [jetzigen] <i>plaintiffs</i> vorgebrachte Auslegung [der Norm] vertrat und die in der EO [<i>Executive Order</i> Trumps] zum Ausdruck kommende Interpretation zurückwies.</p> <p>Die die Entscheidung und deren Begründung wurden</p> <ul style="list-style-type: none"> • in späteren Entscheidungen wiederholt und angewandt, • 1940 vom Kongress [außerdem] zum [einfachen] Bundesgesetz gemacht und • von der Exekutive zumindest in den letzten 100 Jahren konsequent befolgt. <p>Ein einzelner Bezirksrichter wäre verpflichtet, diese ständige Auslegung anzuwenden, selbst wenn eine Partei überzeugende Argumente dafür vorbringen würde, daß das seit langem etablierte Verständnis fehlerhaft sei.</p>
<p>The defendants, however, have offered no such arguments here. Their three main contentions are flawed.</p> <p>First, allegiance in the United States arises</p>	<p>Die <i>defendants</i> haben jedoch keine solchen Argumente vorgebracht. Ihre drei Hauptargumente sind fehlerhaft/brüchig.</p> <p>Erstens ergibt sich die <i>allegiance</i>¹</p>

¹ Siehe dazu meinen Artikel in der [jungen Welt vom 12.02.2025](#): „Was bedeutet – im konkreten Kontext – ‚allegiance‘? [... Es] kommen mindestens zwei Möglichkeiten in Betracht: Treue oder Treuepflicht. Trump

<p>from the fact of birth.</p> <p>It does not depend on the status of a child's parents, nor must it be exclusive, as the defendants contend.</p> <p>Applying the defendants' view of allegiance would mean children of dual citizens and lawful permanent residents would not be birthright citizens – a result even the defendants do not support.</p> <p>Next, the defendants argue birthright citizenship requires the mutual consent of the person and the Nation.</p> <p>This theory disregards the original purpose of the Fourteenth Amendment:</p> <p>to recognize as birthright citizens the children of enslaved persons who did not enter the country consensually, but were brought to our shores in chains.</p> <p>There is no basis to think the drafters imposed a requirement excluding the very people the Amendment aimed to make citizens.</p>	<p>[Langenscheidt; Pons] zu den Vereinigten Staaten aus der Tatsache der Geburt.</p> <p>Sie hängt weder vom Status der Eltern eines Kindes ab, noch muß sie ausschließlich sein, wie [aber] die <i>defendants</i> behaupten.</p> <p>Die Anwendung der Auffassung der <i>defendants</i> über die <i>allegiance</i> würde bedeuten, daß Kinder von Doppelstaatsangehörigen und Personen mit rechtmäßigem ständigem Aufenthalt² in den Vereinigten Staaten keine [US-]Staatsangehörigen <i>qua</i> Geburt wären – ein Ergebnis, das selbst die Beklagten nicht befürworten [<i>support</i>].</p> <p>Weiter argumentieren die Beklagten, daß die Staatsangehörigkeit <i>qua</i> Geburt die beidseitige Zustimmung von Person und Nation erfordere.</p> <p>Diese Theorie läßt den ursprünglichen Zweck des vierzehnten Verfassungszusatzes außer Acht:</p> <p>Die Kinder von versklavten Personen, die nicht im gegenseitigen Einvernehmen in das Land kamen, sondern in Ketten an unsere Küsten gebracht wurden, als Staatsangehörige <i>qua</i> Geburt anzuerkennen.</p> <p>Es gibt keinen Grundlage für die Annahme, daß die Verfasser des Verfassungszusatzes eine Anforderung aufstellten, die genau die Menschen ausschließen würde, die durch den Zusatzartikel zu Staatsange-</p>
--	---

scheint sagen zu wollen: Leute, die illegal in die USA einreisen oder sich dort nur temporär aufhalten wollen, verhalten sich nicht ‚treu‘ zu den USA – und folglich hätten auch deren in den USA geborene Kinder keinen Anspruch auf Staatsangehörigkeit.

Die Gegenposition stellt nicht auf die tatsächliche Treue von ‚unten‘ gegenüber ‚oben‘ ab, sondern auf die von ‚oben‘ auferlegte Treue- bzw. (Gesetzes-)Gehorsamspflicht. Dies ist auch die Auffassung des Richters im Bundesstaat Washington: Alle, die sich gegenüber den politischen und gerichtlichen Autoritäten der USA verantworten müssen, seien der US-Jurisdiction unterworfen. Dies sei die unmissverständliche Bedeutung der Wörter ‚subject to the jurisdiction‘ – und dies gelte für alle in den USA geborenen Kinder, unabhängig vom Aufenthaltsstatus der Eltern.“

2 Trumps ‚Extremtheorie‘ (die *allegiance* müsse *ausschließlich* auf die USA bezogen sein) würde sogar bedeuten, daß *nicht einmal* das kumulative Gegebensein von Doppel-Staatsangehörigkeit (US-Staatsangehörigkeit + 2. Staatsangehörigkeit) **und** (folglich?) legaler Aufenthalt in den USA für die Staatsangehörigkeit des Kindes *qua* Geburt genügen würde.

<p>Simply put, the Amendment is the Nation's consent to accept and protect as citizens those born here, subject to the few narrow exceptions recognized at the time of enactment, none of which are at issue here.</p> <p>Finally, the Amendment requires states to recognize birthright citizens as citizens of their state of residence. The text includes no domicile requirement at all.</p>	<p>hörigen gemacht werden sollten. Einfach ausgedrückt: Der Verfassungszusatz <i>ist</i>³ die Zustimmung der Nation, diejenigen als Bürger zu akzeptieren und zu schützen, die hier geboren sind, vorbehaltlich der wenigen engen Ausnahmen, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung anerkannt wurden und von denen hier keine zur Debatte stehen. Schließlich verpflichtet der Verfassungszusatz die Bundesstaaten, diejenigen als BürgerInnen anzuerkennen, die im jeweiligen Bundesstaat wohnen. Der Text enthält [aber] kein Erfordernis des [rechtmäßigen] Domizils [für die Erlangung der Unions-Staatsangehörigkeit, wie aber die <i>defendants</i> behauptet hatten].</p>
<p>Each of the defendants' theories focuses on the parents, rather than the child whose citizenship is at stake. In so doing, these interpretations stray from the text of the Citizenship Clause.</p> <p>The Fourteenth Amendment says nothing of the birthright citizen's parents, and efforts to import such considerations at the time of enactment and when the Supreme Court construed the text were rejected. This Court is likewise bound to reject such theories now.</p>	<p>Jede der Theorien der Beklagten fokussiert auf die Eltern und nicht auf das Kind, um dessen Staatsbürgerschaft es geht. Damit weichen diese Auslegungsvarianten vom Wortlaut der Staatsbürgerschaftsklausel ab. Der XIV. Verfassungszusatz sagt nichts über die Eltern der Kinder, um deren Staatsangehörigkeit es geht, aus, und Versuche, solche Überlegungen zum Zeitpunkt des Erlasses und der Auslegung des Textes durch den Obersten Gerichtshof einzufügen, wurden zurückgewiesen. Dieses Gericht heute ist ebenfalls verpflichtet, solche Theorien jetzt zurückzuweisen.</p>

3 Hv. hinzugefügt.